

August 2015

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Nach dem Ende des Betreuungsgeldes: Zwei Drittel der Deutschen will das Geld in den Kita-Ausbau investieren.....	3
Kinder- und Elterngeld finden deutlich höheren Anklang als das Betreuungsgeld	4
Flüchtlinge: Mehrheit für Beibehaltung bzw. Ausweitung der Aufnahmepraxis, Forderung nach Begrenzung der Flüchtlingszahlen gewinnt an Zuspruch.....	5
Wachsende Mehrheit gegen Aufnahme von Flüchtlingen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen	6
Gemischte Bilanz des bisherigen Flüchtlingspolitik in Deutschland	8
Deutliche Mehrheit für ein neues Einwanderungsgesetz.....	9
Politikerzufriedenheit: Steinmeier, Schäuble und Merkel genießen hohes Ansehen	10
Zufriedenheit mit der Bundesregierung leicht rückläufig.....	12
Bewertung der Koalitionsparteien: Kritik an der Leistung der CSU.....	13
Sonntagsfrage: Union klar stärkste Kraft	14

ARD – DeutschlandTREND August 2015

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Jürgen Hofrichter	030 53322-119
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Erhebungszeitraum	27. bis 28. Juli 2015 Sonntagsfrage: 27. bis 29. Juli 2015	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das Betreuungsgeld aus formalen Gründen für ungültig zu erklären, plädieren zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent) dafür, die frei werdenden Mittel in den Kita-Ausbau zu investieren. Während Kindergeld (75 Prozent) und Elterngeld (74 Prozent) große Unterstützung genießen, wird das Betreuungsgeld nur von 40 Prozent positiv bewertet, 58 Prozent finden es dagegen nicht gut.

Bei der Frage, wie viele Flüchtlinge Deutschland angesichts der aktuellen Flüchtlingswelle aufnehmen kann, spricht sich eine Mehrheit von 57 Prozent dafür aus, die gegenwärtige Aufnahmep Praxis beizubehalten (34 Prozent) bzw. mehr Flüchtlinge aufzunehmen (23 Prozent). Demgegenüber fordern 38 Prozent die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Seit Beginn des Jahres hat die Forderung nach einer Reduktion der Flüchtlingszahlen merklich an Zuspruch gewonnen (+17 Punkte). Krieg (93 Prozent), politische oder religiöse Verfolgung (80 Prozent) sowie ethnische Zugehörigkeit (74 Prozent) und Naturkatastrophen (78 Prozent) werden von großen Mehrheiten als legitime Fluchtgründe anerkannt. Im Unterschied dazu spricht sich eine Mehrheit von 69 Prozent (+15) gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen wollen. In der grundsätzlichen Bewertung der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sind die Ansichten eher geteilt. Eine Mehrheit von 51 Prozent bescheinigt der Politik, dass sie genug tut, 42 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Beim Thema Einwanderungsgesetz ist das Meinungsbild eindeutig: 63 Prozent sind dafür und 27 Prozent dagegen.

Die Liste der beliebtesten Politiker wird wie im Vormonat von Außenminister Frank-Walter Steinmeier angeführt (72 Prozent, -1). An zweiter Stelle folgt weiterhin Finanzminister Wolfgang Schäuble mit einem unverändert hohen Ansehenswert von 70 Prozent vor Bundeskanzlerin Angela Merkel (67 Prozent, +-0).

Mit der Arbeit der Bundesregierung sind 54 Prozent zufrieden, 44 Prozent kommen zu einem kritischen Urteil. Dabei zeigt die getrennte Bewertung der Arbeit der Koalitionsparteien, dass die Zufriedenheit mit der Regierung insbesondere auf das Regierungshandeln von CDU und SPD zurückgeht. Zustimmung zur Regierungsarbeit der CDU signalisieren 55 Prozent, zur Leistung der SPD 50 Prozent. Die Arbeit der CSU wird von 28 Prozent positiv bewertet, eine Mehrheit (61 Prozent) äußert sich kritisch.

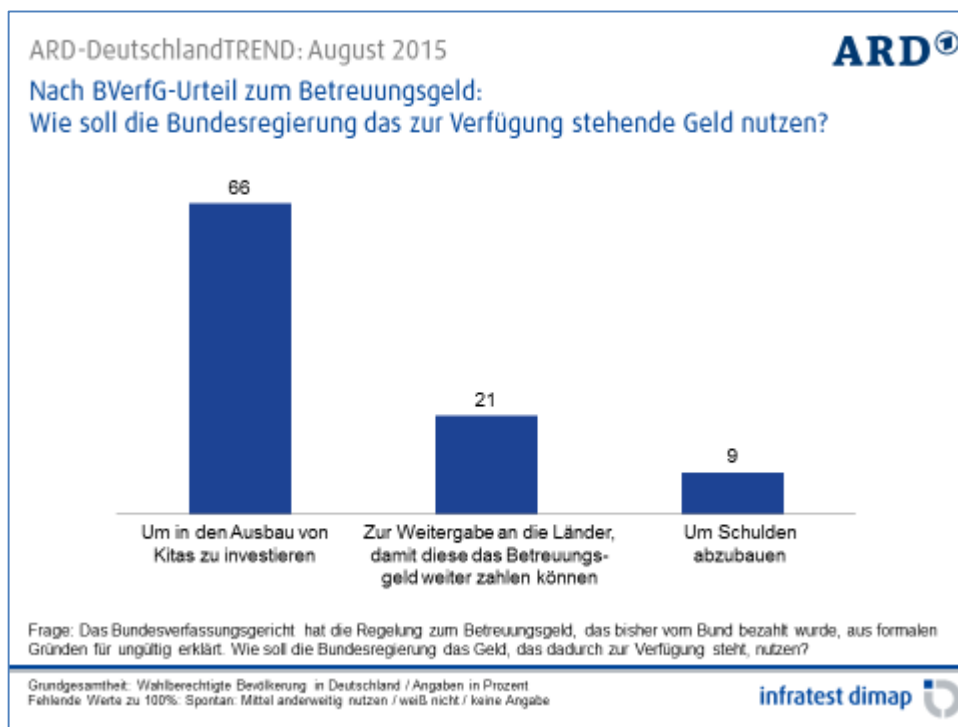
Die bundespolitische Stimmung ist weiterhin weitgehend stabil. Bei einer Bundestagwahl am nächsten Sonntag würden sich 42 Prozent für die Union entscheiden, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Die SPD käme aktuell mit auf 24 Prozent (-1). Die Grünen lägen mit unverändert 11 Prozent vor der Linken, die auf 9 Prozent (-1) käme. Auf einen Einzug in den Bundestag hoffen könnte die FDP (5 Prozent, +/-0), während die AfD nach ihren innerparteilichen Querelen der vergangenen Wochen 1 Punkt verliert und mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle bliebe. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf einen Wähleranteil von 5 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND August 2015, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Nach dem Ende des Betreuungsgeldes: Zwei Drittel der Deutschen will das Geld in den Kita-Ausbau investieren

Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte Juli das umstrittene Betreuungsgeld von monatlich 150 Euro für Eltern, die ihre zwei- und dreijährigen Kleinkinder zu Hause betreuen, aus formalen Gründen für ungültig erklärt. Die Richter entschieden einstimmig, dass diese Regelung nicht in die Zuständigkeit des Bundes fiel. Durch das Ende des Betreuungsgeldes stehen nun finanzielle Mittel für andere Zwecke zur Verfügung.

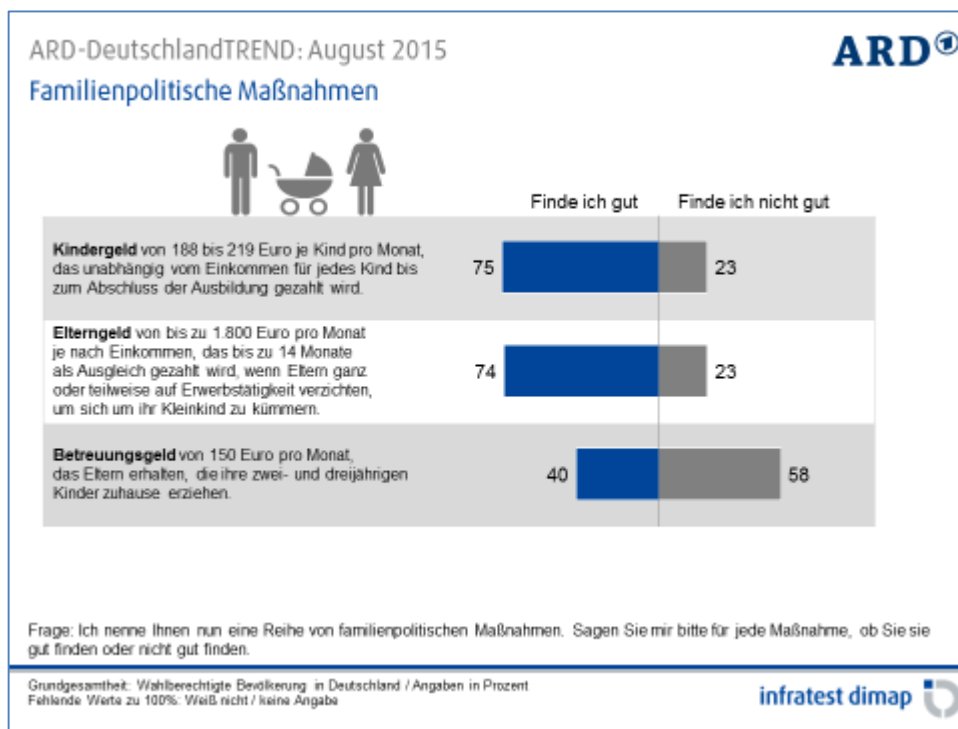
Für deren Verwendung haben die Bundesbürger eine klare Präferenz: Zwei Drittel (66 Prozent) plädieren dafür, die frei werdenden Mittel in den Kita-Ausbau zu investieren. Den Vorschlag, das Betreuungsgeld vom Bund an die Bundesländer weiterzugeben, damit diese die familienpolitische Leistung weiter auszahlen können, unterstützt ein Fünftel (21 Prozent) der Befragten. Etwa jeder Zehnte (9 Prozent) schlägt vor, die Mittel zum Schuldenabbau zu nutzen.



Der Kita-Ausbau wird besonders von den Anhängern der Linken (85 Prozent) und der Grünen (83 Prozent) sowie von Anhängern der SPD unterstützt (76 Prozent). Auch in Reihen der CDU (63 Prozent) und der FDP (56 Prozent) plädieren Mehrheit für Investitionen in die Kita-Infrastruktur. Einzig die Anhänger der CSU in Bayern bewerten die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze als nachrangig (41 Prozent) im Vergleich zu einer Weitergabe der Mittel an die Bundesländer (51 Prozent), damit diese das Betreuungsgeldes weiter auszahlen.

Kinder- und Elterngeld finden deutlich höheren Anklang als das Betreuungsgeld

Der Wunsch, die bisher in das Betreuungsgeld geflossenen Mittel anders zu verwenden, ist nicht zuletzt darin begründet, dass diese familienpolitische Leistung deutlich geringere Unterstützung als das Kinder- und Elterngeld genießt. Während drei von vier Befragten sowohl das Kindergeld (75 Prozent) als auch das Elterngeld (74 Prozent) positiv bewerten, stehen sie dem Betreuungsgeld mehrheitlich skeptisch gegenüber: 58 Prozent finden das Betreuungsgeld nicht gut, nur eine Minderheit von 40 Prozent kann dieser familienpolitischen Maßnahme etwas abgewinnen.

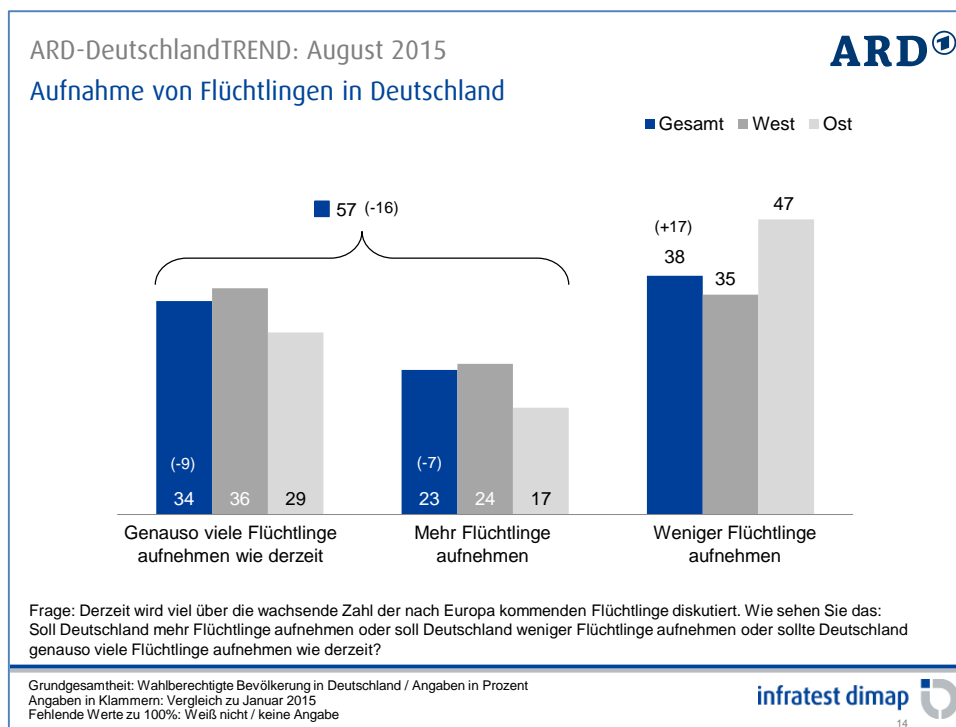


Kinder- und Elterngeld genießen in den verschiedenen Parteianhängerschaften durchweg sehr große Unterstützung. Anders beim Betreuungsgeld: Die Anhänger von SPD und FDP (je 66 Prozent), Linken (69 Prozent) und Grünen (81 Prozent) lehnen das Betreuungsgeld mit großer Mehrheit ab. Zwei Drittel der CSU-Anhänger (68 Prozent) in Bayern sowie knapp die Hälfte CDU-Anhänger (47 Prozent) im übrigen Bundesgebiet begrüßen hingegen das Betreuungsgeld.

Flüchtlinge: Mehrheit für Beibehaltung bzw. Ausweitung der Aufnahmepraxis, Forderung nach Begrenzung der Flüchtlingszahlen gewinnt an Zuspruch

Aufgrund der anhaltenden Krisen im Nahen Osten, der wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf dem Balkan und in vielen afrikanischen Ländern wächst die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, und es wird intensiv über die Regelung des Zuzugs und die Unterbringung der Flüchtlinge diskutiert. Aktuell beklagen viele Bundesländer und Kommunen Schwierigkeiten bei der Unterbringung sowie einen steigenden Finanzbedarf. Auch sind sie mit wachsendem Widerstand gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge konfrontiert.

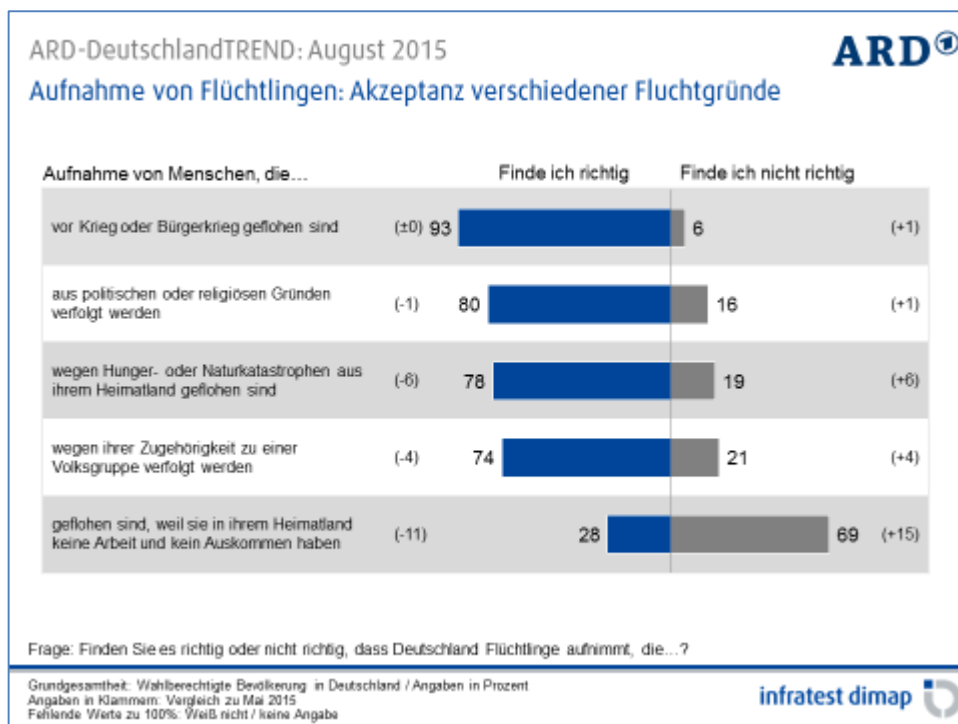
Die Frage, wie viele Flüchtlinge Deutschland angesichts dieser Situation aufnehmen kann, ist in der Öffentlichkeit umstritten: Ein Drittel (34 Prozent) hält die gegenwärtigen Aufnahmezahlen für angemessen, etwa jeder Vierte (23 Prozent) vertritt die Auffassung, Deutschland sollte noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) unterstützt also die aktuellen Anstrengungen oder fordert ein noch größeres Engagement. Demgegenüber steht ein gutes Drittel der Bevölkerung (38 Prozent), das fordert, hierzulande weniger Flüchtlinge aufzunehmen. Die Forderung nach einer Reduktion der Flüchtlingszahlen, die zu Jahresbeginn nur von 21 Prozent unterstützt wurde, hat damit deutlich an Zuspruch gewonnen (+17 Prozentpunkte).



Für eine Begrenzung des Zuzugs plädieren besonders die Wähler der nicht im Bundestag vertretenen Parteien (74 Prozent, darunter auch die AfD-Wähler) sowie bekennende Nichtwähler (55 Prozent). Darüber hinaus wird eine restriktivere Flüchtlingspolitik stärker von den Bewohnern der ostdeutschen Bundesländer (47 Prozent) gefordert sowie von Bürgern mit geringerem Einkommen (52 Prozent), formal niedrigen Bildungsabschlüssen (48 Prozent) und Arbeitern (51 Prozent).

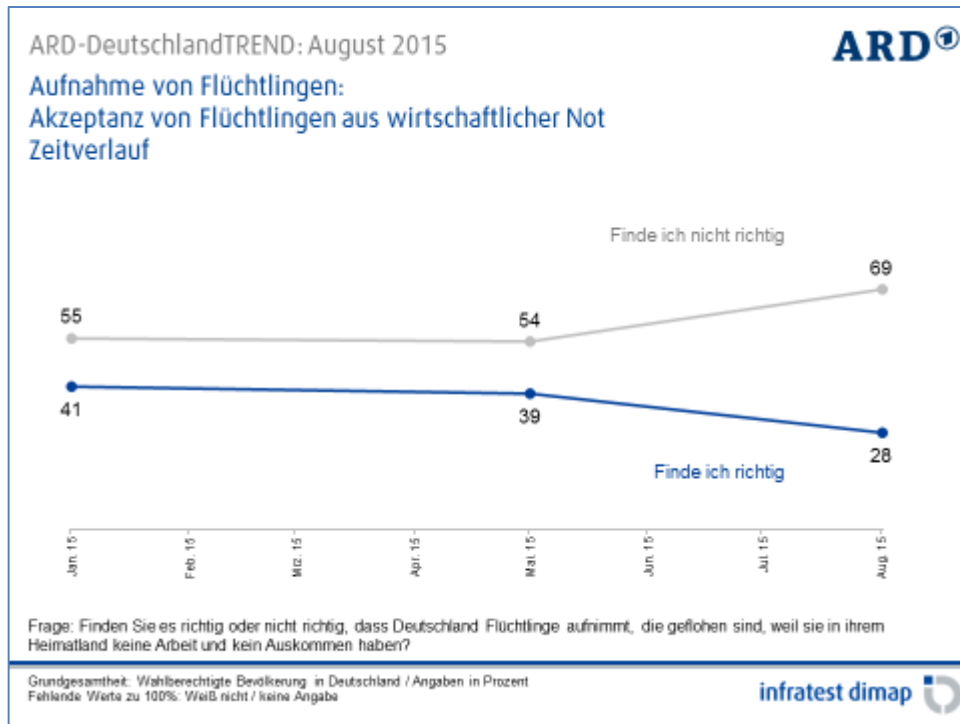
Wachsende Mehrheit gegen Aufnahme von Flüchtlingen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen

Trotz der verstärkten Forderung nach einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen, ist die Akzeptanz der meisten Fluchtgründe weiterhin hoch: Wie bereits im Mai wird nahezu einhellig (93 Prozent, +/-0) die Aufnahme von Flüchtlingen, die wegen Krieg oder Bürgerkrieg ihr Land verlassen haben, akzeptiert. Legitime Gründe für eine Flucht nach Deutschland sind für vier von fünf Bundesbürgern (80 Prozent, -1) politische oder religiöse Verfolgung sowie Hunger- oder Naturkatastrophen (78 Prozent, -6). Auch ist die Zugehörigkeit zu einer verfolgten Volksgruppe als Fluchtgrund (74 Prozent, -4) weiterhin breit akzeptiert.



Während damit Krieg, politische oder religiöse Verfolgung sowie ethnische Zugehörigkeit und Naturkatastrophen von großen Mehrheiten als legitime Fluchtgründe anerkannt werden, spricht sich eine klare Mehrheit von 69 Prozent gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen wollen. Die

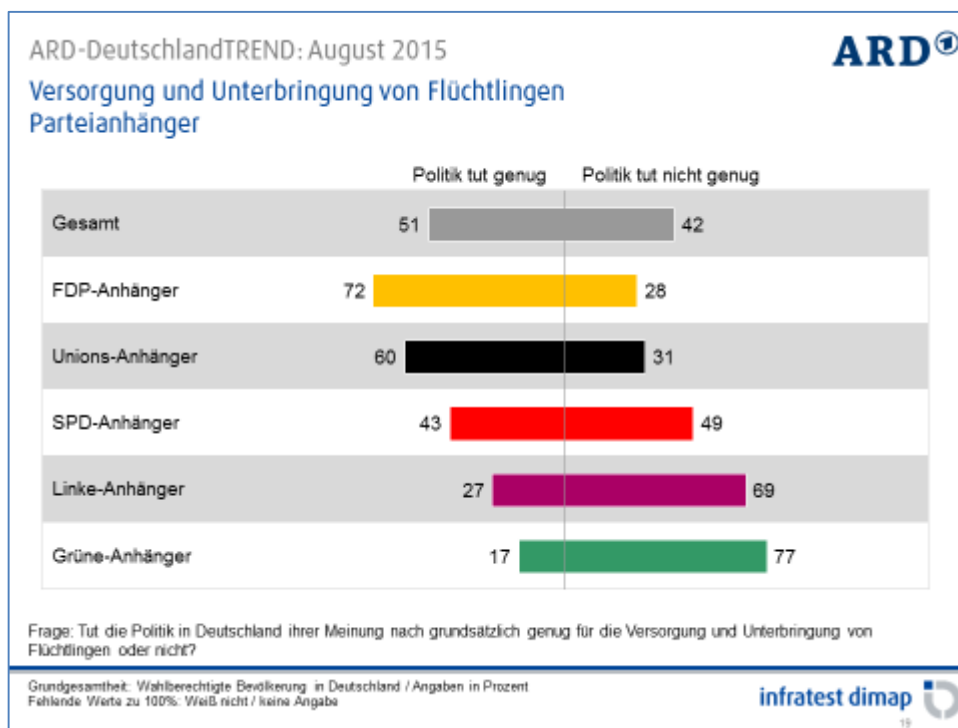
kritische Sicht auf Flüchtlinge, die ihr Heimatland verlassen, weil sie keine Arbeit und kein Auskommen finden, hat seit Mai deutlich zugenommen (+ 15 Punkte). Nur noch gut jeder Vierte (28 Prozent, -11) hat Verständnis für Flüchtlinge, die aus wirtschaftlicher Not nach Deutschland kommen.



Während im Mai nur die Unionsanhänger wirtschaftliche Motive als Fluchtgrund mehrheitlich ablehnten (56:35 Prozent), sind inzwischen neben CDU/CSU-Anhängern (74:24 Prozent) und den FDP-Anhängern (75:23 Prozent) auch die Anhänger von SPD (67:30) und Grünen (53:41 Prozent) dieser Ansicht. In Reihen der Linken sind die Meinungen weiterhin geteilt (47:52).

Gemischte Bilanz des bisherigen Flüchtlingspolitik in Deutschland

Bei der Bewertung, ob die Politik in Deutschland grundsätzlich genug für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge tut, die es nach Deutschland geschafft haben, sind die Meinungen eher geteilt: Eine knappe Mehrheit (51 Prozent) ist der Ansicht, dass die innenpolitischen Anstrengungen ausreichend sind, vier von Zehn (42 Prozent) sind gegenteiliger Meinung.

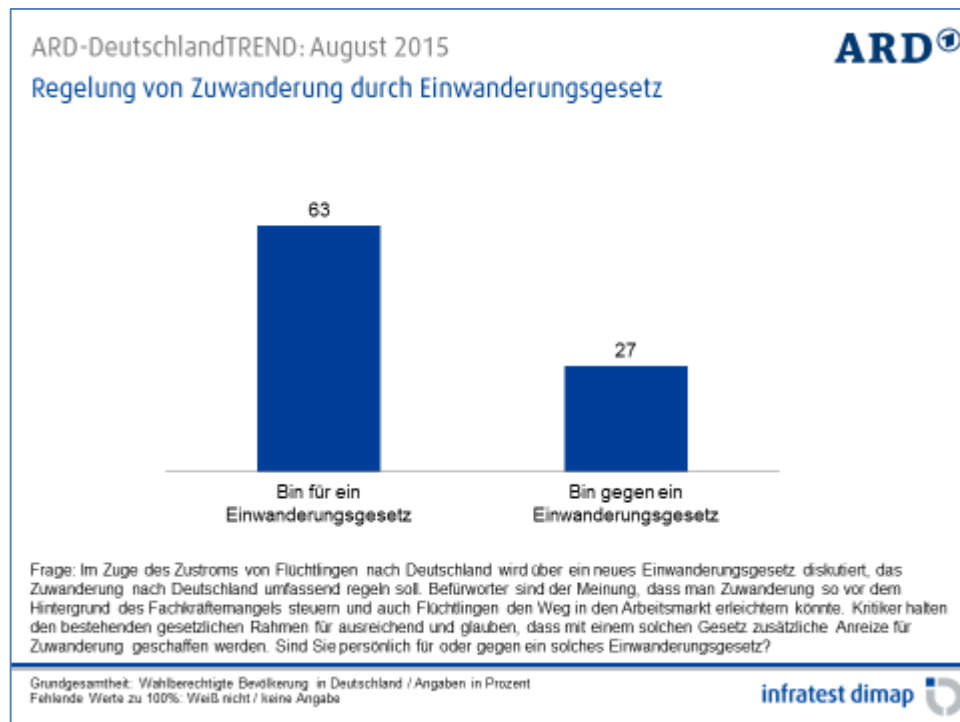


Während die Anhänger der Union (60:31 Prozent) und der FDP (72:28 Prozent) die Flüchtlingspolitik mehrheitlich als angemessen bewerten, sehen dies die Anhänger der SPD (43:49 Prozent) eher, die Anhänger der Linken (27:69 Prozent) und Grünen (17:77 Prozent) ausgesprochen kritisch.

Deutliche Mehrheit für ein neues Einwanderungsgesetz

Angesichts des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland hat sich auch die Diskussion um ein Einwanderungsgesetz intensiviert. Während die Befürworter für eine Steuerung der Zuwanderung speziell von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt plädieren, betonen die Kritiker, dass Zuwanderung in Deutschland bereits sehr umfassend und differenziert geregelt sei und keine neuen Zuwanderungsanreize gesetzt werden sollten.

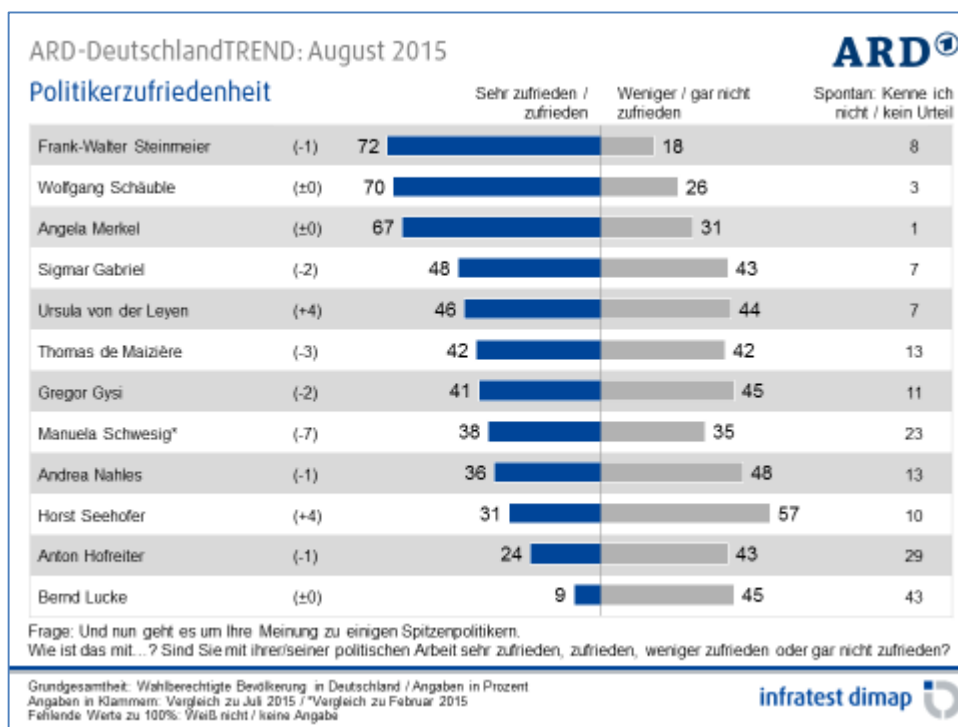
Die Meinung der Bevölkerung zu einem Einwanderungsgesetz ist eindeutig: Knapp zwei Drittel (63 Prozent) sprechen sich dafür aus, die Zuwanderung in einem neuen Einwanderungsgesetz zu regeln, gut jeder Vierte (27 Prozent) lehnt ein solches Gesetz ab.



Politikerzufriedenheit: Steinmeier, Schäuble und Merkel genießen hohes Ansehen

Die drei mit Abstand beliebtesten Spitzenpolitiker sind wie bereits im Juli Außenminister Frank-Walter Steinmeier (72 Prozent, -1), Finanzminister Wolfgang Schäuble (70 Prozent, +/-0) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (67 Prozent, +/-0).

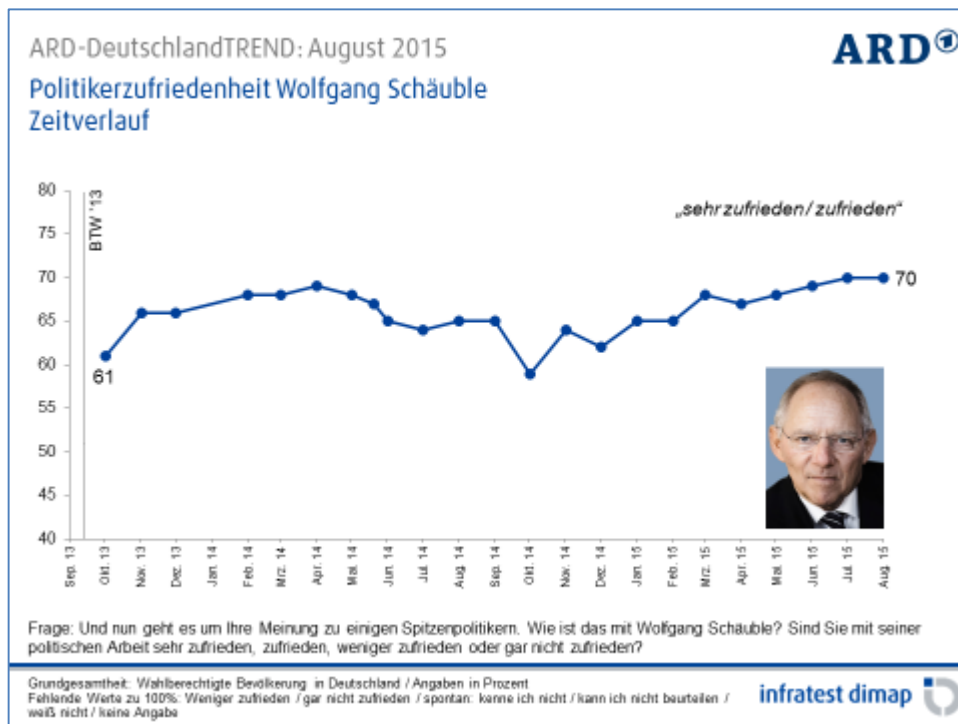
Mit deutlichem Abstand auf das Spitzentrio führt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel das Mittelfeld an. Er muss im Vergleich zum Vormonat leichte Einbußen (-2) hinnehmen und wird aktuell von knapp der Hälfte der Bürger (48 Prozent) für seine Arbeit gelobt. Dank eines deutlichen Ansehensgewinns zieht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (46 Prozent, +4) an Innenminister Thomas de Maizière (42 Prozent, -3) und dem Fraktionsvorsitzenden der Linken Gregor Gysi (41 Prozent, -2) vorbei.



Manuela Schwesig erhält von knapp vier von zehn Bundesbürgern (38 Prozent) gute Noten für ihre Arbeit. Im Vergleich zum Februar dieses Jahres bedeutet dies allerdings einen deutlichen Ansehensverlust (-7 Punkte) für die Familienministerin. Mit der Arbeit von Arbeitsministerin Andrea Nahles sind 36 zufrieden, sie erfährt jedoch weiterhin mehr Kritik als Lob. Der bayerische Innenminister Horst Seehofer vermochte in den zurückliegenden Wochen sein Ansehen zwar zu steigern (31 Prozent, +4), wird aber weiterhin eher kritisch gesehen. Mit den Leistungen des Fraktionsvorsitzenden der Grünen Anton Hofreiter zeigen sich 24 Prozent (-1) zufrieden. An letzter Stelle rangiert der Vorsitzende der neu

gegründeten Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ Bernd Lucke mit unveränderten 9 Prozent Zustimmung.

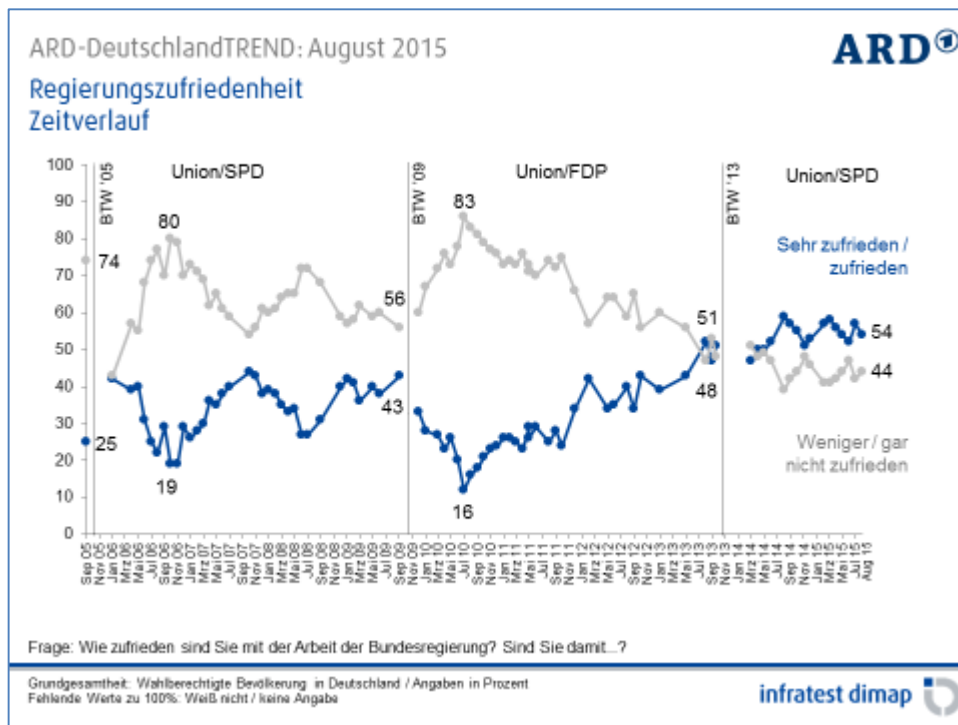
Kein anderes Mitglied der Bundesregierung stand in den letzten Wochen so sehr im Fokus der Öffentlichkeit wie Finanzminister Wolfgang Schäuble. Die Verhandlungen um weitere finanzielle Hilfsleistungen für Griechenland haben ihm zum Teil viel Kritik eingebracht. Die Bevölkerung hierzulande stützt indes offenkundig den Kurs des Finanzministers, der ein anhaltend hohes Ansehen bei den Bundesbürgern genießt und seinen Rekordwert vom Juli erneut erreicht.



Zufriedenheit mit der Bundesregierung leicht rückläufig

Die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel hat nach wie vor das Vertrauen einer Mehrheit der Bevölkerung: 54 Prozent sind mit den Leistungen des Berliner Kabinetts sehr zufrieden oder zufrieden. Weniger zufrieden äußern sich insgesamt 44 Prozent der Bundesbürger, wobei nur ein kleiner Teil (8 Prozent) von ihnen den Kurs der Regierung gänzlich ablehnt.

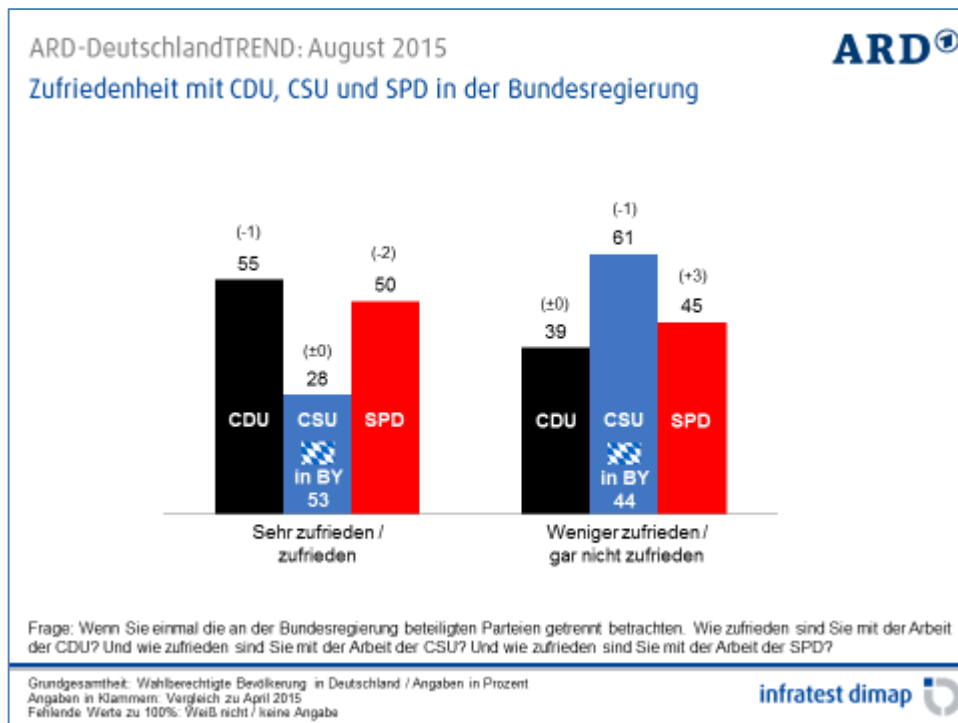
Im Vergleich zum Juli fällt die Regierungszufriedenheit damit zwar etwas geringer aus, im Zeitverlauf verzeichnet die Bundesregierung mit geringen Schwankungen seit Anfang 2014 durchgängig eine positive Bilanz.



Besonders starken Rückhalt erfährt die Bundesregierung in den Reihen der Unionsanhänger, von denen sich vier von fünf (80 Prozent) wohlwollend über die Leistungen des Berliner Kabinetts äußern. Auch im Lager der SPD überwiegt mit 59 Prozent die Zustimmung, fällt aber deutlich geringer aus als im Lager des Koalitionspartners. Fast ebenso viel Lob erhält die Bundesregierung von den Wählern der oppositionellen Grünen (53 Prozent) und den Anhängern der FDP (ebenfalls 53 Prozent). Lediglich die Anhänger der Linken äußern massive Kritik (76 Prozent).

Bewertung der Koalitionsparteien: Kritik an der Leistung der CSU

Wie bereits im April ist die hohe Zufriedenheit mit dem Berliner Kabinett insbesondere auf das Regierungshandeln von CDU und SPD zurückzuführen. Von den drei Parteien der Regierungskoalition bekommt die CDU die besten Noten. Mit ihrer Arbeit zeigen sich 55 Prozent der Bevölkerung zufrieden. Nur wenig geringer fällt mit 50 Prozent die Zustimmung zur SPD aus. Die CSU muss hingegen bundesweit erhebliche Kritik für ihre Regierungsarbeit hinnehmen. Sechs von zehn Bürgern (61 Prozent) äußern sich unzufrieden mit den Leistungen der bayerischen Unionspartei.

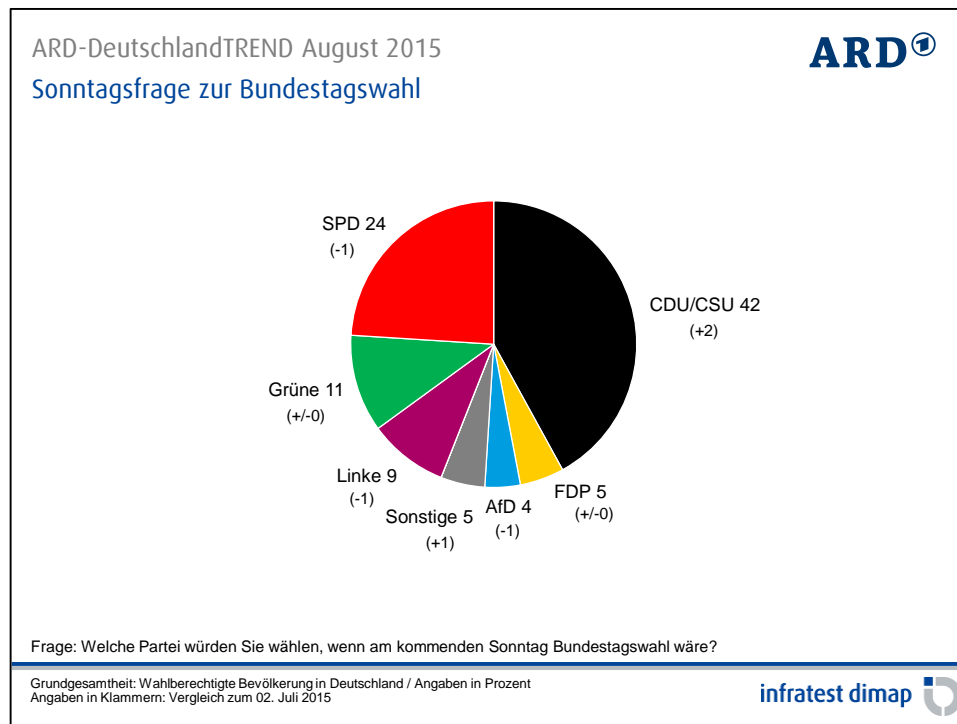


Je nach parteipolitischer Orientierung fallen die Meinungen über die Regierungsarbeit der drei Koalitionspartner sehr unterschiedlich aus. Die CDU-Anhänger stehen nahezu geschlossen (92 Prozent) hinter der Regierungsarbeit ihrer Partei. Nur wenig geringer fällt die Anerkennung für die CDU unter den CSU-Wähler aus (84 Prozent). Sie sind zudem auch mit der Arbeit der eigenen Partei in Bayern zufrieden (86 Prozent). Im Unterschied dazu vergeben nur vier von zehn CDU-Anhängern (42 Prozent) gute Noten an die CSU.

Die SPD-Anhänger sind mehrheitlich (78 Prozent) mit den Leistungen der Sozialdemokraten in der Regierung zufrieden. Die CDU erhält von den SPD-Anhängern eher Kritik als Lob (51: 46 Prozent). Die CSU sehen die Anhänger der Sozialdemokraten dagegen sehr skeptisch: Lediglich 17 Prozent bewerten die Partei von Horst Seehofer wohlwollend.

Sonntagsfrage: Union klar stärkste Kraft

Die bundespolitische Stimmung ist weiterhin sehr stabil. Wenn die Wahlberechtigten bereits am nächsten Sonntag die Zusammensetzung des Bundestages neu bestimmen könnten, würden sich 42 Prozent für die Union entscheiden. Im Vergleich zum Vormonat gewinnt die Union 2 Punkte und kann damit ihren Vorsprung auf die SPD, die aktuell mit 24 Prozent (-1) der Stimmen rechnen könnte, ausbauen. Die Grünen lägen mit unverändert 11 Prozent vor der Linken, die mit 9 Prozent etwas schwächer (-1) als noch im Juli abschneidet. Auf einen Einzug in den Bundestag hoffen könnte die FDP (5 Prozent, +/-0), während die AfD nach ihren innerparteilichen Querelen der vergangenen Wochen einen Punkt verliert und mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle bliebe. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf einen Wähleranteil von 5 Prozent.

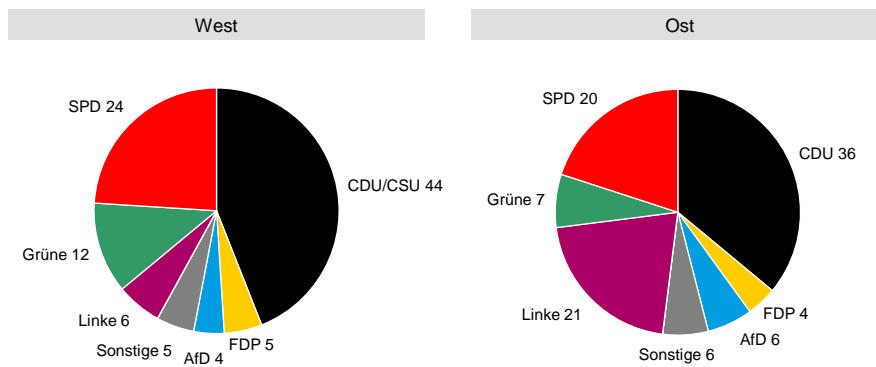


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND August 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

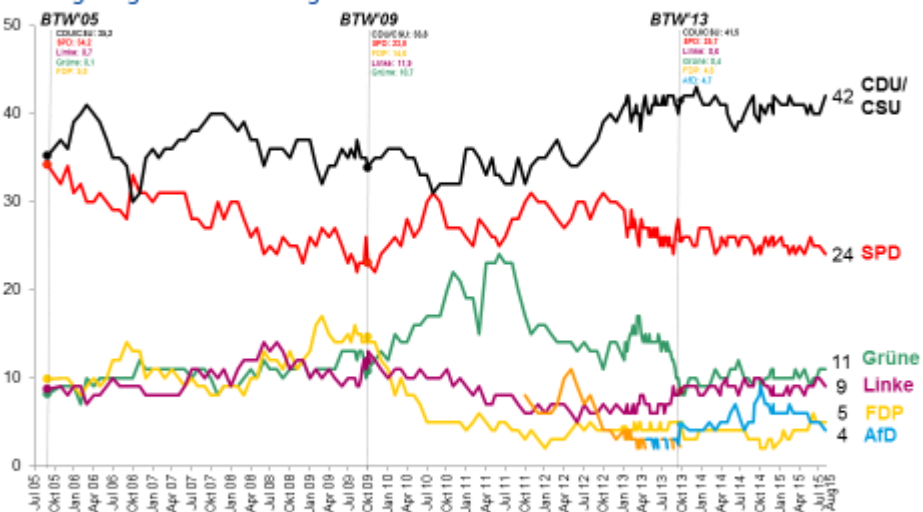
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND August 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent

